

anderes als die auch von der amerikanischen Luftwaffe geflogene Type C-130 E („Hercules“) angeboten:

- ▷ Aus amerikanischer Fertigung kostete diese C-130 E versandfertig knapp acht Millionen Mark;
- ▷ im Lizenzbau werde die Maschine den deutschen Steuerzahler je nach Stückzahl und Produktionstempo auf 11,2 bis 11,6 Millionen Mark zu stehen kommen, einschließlich der Lizenzgebühren.

Lockheed: „Die ‚Transall‘ kommt, sehr optimistisch geschätzt, auf mindestens 14 Millionen Mark.“

Tatsächlich setzte die „Weserflug“ in ihrer Kostendiagnose für die „Transall“ zwar nur einen Stückpreis von rund neun Millionen Mark ein, dann aber schlug sie unter der mysteriösen Rubrik „Ersatzteile, Dokum., laufende Bearbeitung“ noch einmal etwa zehn Millionen pro Maschine dazu; ferner addierte sie an Entwicklungskosten 2,6 Millionen pro Flugzeug.

Indes, selbst der 21-Millionen-Voranschlag hielt den Verteidigungsausschuß am 23. Oktober nicht davon ab, sich endgültig für das französisch-deutsche Projekt zu entscheiden. Kai-Uwe von Hassel hatte es endlich aufgegeben, die Volksvertreter mit offenbar nur Verwirrung stiftenden technischen und finanziellen Daten zu überzeugen. Statt dessen zog er sich auf den festen Boden der Außenpolitik zurück — und schob dann noch einen nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkt nach:

- ▷ Frankreich könne nicht abermals vor den Kopf gestoßen werden, nachdem die Bundeswehr schon seinerzeit den Jäger „Mirage“ abgelehnt und neuerdings auch dem französischen Entwurf zum Europapanzer, dem „AMX-30“, ein eigenes Modell entgegengesetzt habe, und

- ▷ die deutsche Flugzeugindustrie müsse endlich wieder eine eigene Konstruktion bauen dürfen, anstatt nur in Lizenz zu arbeiten; anderenfalls verprovinzialisieren die ehemals so bedeutende Branche.

Den nunmehr überflüssigen Test der konkurrierenden US-Maschine redete General Panitzki den Abgeordneten mit dem Hinweis aus, die Amerikaner stellten keine Maschine für einen fairen Test zur Verfügung.

In Wirklichkeit hatten Hopf und Panitzki einerseits als Termin für die Prüfung der „Hercules“ den 3. November festgesetzt, andererseits aber darauf bestanden, daß eine deutsche Besatzung die völlig fremde Maschine fliege. Diese Doppelbedingung konnte das US-Verteidigungsministerium so beim besten Willen nicht akzeptieren: Sollte es beim 3. November bleiben, so mußte eine eingefahrene amerikanische Besatzung den viermotorigen Koloß bedienen, sollte eine deutsche Besatzung fliegen, so mußte sie vorher die notwendigen Schulungsstunden im Simulator, im Lehrsaal und im Flugeinsatz absolvieren.

Die Amerikaner lehnten aber nicht einfach ab. Sie boten einer deutschen Besatzung zum 3. November eine neue C-130 E zu Testflügen an — mit der einzigen Auflage, daß eine amerikanische Reservebesatzung für den Notfall mitfliege. Damit sei das Test-Ersuchen hinfällig geworden, erklärte Hopf. Die



„Transall“-Besteller Hassel
Hausverbot für US-Vertreter

soeben vom Außenamts-Staatssekretär Lahr an die französisch-deutsche Rüstungsbrüderschaft erinnerten Abgeordneten pflichteten ihm bei.

Dennoch rügte ein paar Tage später Kai-Uwe von Hassel in öffentlicher Wochenendrede noch einmal barsch den mißglückten Versuch, gegen die Exekutive aufzumucken. Den Lockheed-Vertretern warf der Verteidigungsminister vor, „bewußt mit falschen Zahlen und Angaben operiert“ zu haben, um Bundestagsabgeordnete irrezumachen: „Diese Lockheed-Kerle kommen mir nicht in mein Büro.“

Beim neben Boeing größten Flugzeugkonzern der Hemisphäre, dessen „Starfighter“ Bonner Ministeriale nicht hoch genug preisen können, werden seither die Rechenschieber bewegt. Bis heute freilich konnte Lockheed noch keinen Rechen- oder Denkfehler in den Unterlagen entdecken, die Perreault und Simons den Abgeordneten des Verteidigungsausschusses vorlegten.

Selbst der Test sei in gewisser Weise erbracht worden. Keine einzige der beim kriegsmäßigen Transatlantik-Manöver „Big Lift“ eingesetzten C-130 habe während des Nonstopfluges auch nur eine Panne gehabt.

GEMEINSAMER MARKT

EUROPA-SPENEN

Billige Safaris

Richter Rino Rossi, Mitglied des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg, mietete sich ein Auto. Eigenhändig kutscherte er zu verfallenen Kreuzritterburgen, ins Tal der Schmetterlinge und zu anderen Sehenswürdigkeiten der Insel Rhodos. Die Leihgebühr von 653,20 Mark stellte er der Europäischen Gerichtskasse in Rechnung zu Lasten der Steuerzahler in der EWG.

Europa bezahlte anstandslos die Ferienfahrt des italienischen Richters, der die Luxemburger Spesenordnung

sehr zu seinen Gunsten auslegte: Allen EWG-Richtern, so konstatierte Rossi, stehe auch zum persönlichen Gebrauch ein Dienstwagen zur Verfügung, folglich habe er Anspruch auf Ersatz der Kosten, die entstanden wären, wenn er die Ferienfahrt auf Rhodos in seinem Dienstwagen unternommen hätte.

Auch die Reiselust der anderen Aktivisten des europäischen Integrationsgeschäfts zehrt am Kassenstand von EWG, Euratom sowie der Montan-Union, zu dem allein Westdeutschland jährlich 85 Millionen Mark beitragen muß. Vor allem das Europa-Parlament in Straßburg bewilligt nicht nur seinen Abgeordneten großzügig Reisen in die wärmeren Gegenden, sondern läßt auch regelmäßig einen Schwarm Bediensteter an den billigen Safaris teilhaben.

So machten sich beispielsweise 14 Europa-Parlamentarier zu einem Treffen mit 15 afrikanischen Abgeordneten der assoziierten Überseegebiete auf den Weg nach Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste. Sie waren von 48 Sekretärinnen, Funktionären und Dolmetschern begleitet. Ohne daß im einzelnen dafür abzurechnen war, erhielt vorab jeder der 14 europäischen Abgeordneten 400 Mark, jeder Sekretariats-Funktionär 240 Mark Zuschuß für tropische Bekleidung.

Die Konferenz mit den Elfenbeinmännern war für die Zeit vom 8. bis 10. Januar 1962 angesetzt, aber die Chartermaschine der Luxemburger Troßmannschaft rollte bereits am 6. Januar, 8.30 Uhr, auf dem Flugfeld Abidjan aus. Der Rückflug war für den 13. Januar nachmittags gebucht. Mindestens vier Tage hatten die Eurokraten mithin Zeit, sich von den Strapazen ihrer Integrationsarbeit zu erholen.

Mit einer ähnlich überproportionierten Begleitmannschaft reiste eine andere Gruppe Straßburger Parlamentarier im Oktober 1962 nach Tananarive im gleichfalls der EWG assoziierten Inselreich Madagaskar.

17 Europa-Abgeordnete und fünf Vertreter der europäischen Exekutiven



EWG-Richter Rossi
Rechnungen auf Rhodos

EWG, Montan-Union und Euratom palaverten vom 3. bis 5. Oktober 1962 mit 14 Afrikanern. Der dazu aus Luxemburg herangeflogene Stab: 35 Parlaments-Bürokraten nebst zehn Dolmetschern. Auch die Reise nach Madagaskar ließ vier Tage Spielraum für private Ferienfreuden.

Einschließlich eines Essens für 125 Personen (Preis: 9218,32 Mark oder nahezu 75 Mark pro Kopf), zweier Photoapparate für die Ehefrauen afrikanischer Politiker (Preis: 921,04 Mark) sowie sieben an afrikanische Konferenzteilnehmer verteilter Medaillen (Wert: 1736 Mark) kostete die europäische Visite im Lande des Elfenbeins 320 000 Mark.

Für die weiter nach Süden führende Madagaskar-Tour zahlte die Europäer-Kasse 560 000 Mark, davon allein laut Abrechnung 4720 Mark als Trinkgelder für madagassische Chauffeure und Diener.

Auch daß für die dreitägige Konferenz in Tananarive elf Automobile für neun Tage und zwei weitere Fahrzeuge für 18 Tage zum Preis von 10 421,20 Mark gemietet wurden, trug zur Verteuerung der Tagung bei. Mit zu den geringsten Kosten in Madagaskar zählten noch jene 356 Mark für Broschüren, in denen die touristischen Sehenswürdigkeiten der vor Ostafrika gelegenen Insel verzeichnet sind. Die europäischen Kassenverwalter zahlten auch die Prospektauslagen prompt zurück, ohne den privaten Charakter der Anschaffung zu monieren.

Richter Rossis Fahrt ins Tal der Schmetterlinge und die beiden Groß-Safaris kamen erst wieder ins Gespräch, als der Kontrollausschuß der EWG die Reisekostenabrechnungen des Jahres 1962 überprüfte.

Die Experten dieses Gremiums aber, das die Aufgaben eines Rechnungshofs erfüllt, wußten sehr viel schärfer zwischen dienstlichen und privaten Exkursionen zu unterscheiden. In ihrem am 27. September fertiggestellten Prüfungsbericht erteilen sie Richter Rossi die Belehrung, seine Auslegung der Spesenverordnungen sei doch wohl „reichlich extensiv“.

Ebenso mißbilligten sie die durch das jeweils vorverlegte und verlängerte Wochenende während der Afrika-Tagungen verursachten Mehrkosten. Der Kontrollausschuß erkannte: „So gab es mehrere freie Tage, die ... für (private) Ausflüge benutzt wurden.“ Auch an dem übermäßigen Kostenaufwand für Trinkgelder, Taxifahrten und Touristenprospekte nahmen die Kontrolleure Anstoß.

Selbst Präsident Hallsteins EWG-Kommission in Brüssel muß sich in dem Bericht vorhalten lassen, daß

- ▷ oft die Telefongespräche für Zimmerbestellungen im Ausland teurer sind als die Übernachtungen selbst und
- ▷ daß untere und mittlere Angestellte der Kommission vielfach bei Flugreisen die teure Erste Klasse wählen, obwohl sie dazu nicht berechtigt sind.

Der Prüfungsbericht indes wird frühestens zu Beginn des nächsten Jahres dem Straßburger Parlament zur Beschlußfassung vorliegen. Vorher können die betroffenen Abteilungen sich schriftlich zu den Vorwürfen äußern.

Die Kontrolleure der Eurokraten hoffen darauf, daß ihre Kritik an der Rechnungsführung des Jahres 1962 größere Wirkung zeigen wird als ihr Bericht über das Geschäftsjahr 1961. Die Ermahnungen des Kontrollausschusses zu größerer Sparsamkeit hatte damals beispielsweise der Präsident des Europäischen Gerichtshofes, Donner, mit nur einem Satz beantwortet: „Der Präsident des Gerichtshofes hält es nicht für nötig, daß dem vorliegenden Bericht Bemerkungen und Antworten beigelegt werden.“

KONZIL

DIAKONE

Leibliche Väter

Alfredo Ottaviani, Bäckerssohn aus Roms Armenviertel Trastevere und mächtigster Kardinal des Vatikans, trat ans Mikrophon und wetterte in klassischem Kirchenlatein gegen jene Konziltheologen („Periti“), die im Petersdom Werbeschriften für die Zulassung verheirateter katholischer

Geistlicher verteilt hatten. Familienväter dürfe es aber — so der römische Kirchenfürst vor 2204 Konzilvätern — im katholischen Klerus auch fürderhin nicht geben.

Die Intervention Ottavianis richtete sich weniger gegen die schreibfreudigen Periti als gegen jene Kardinäle und Bischöfe, die in ihren Reden auf dem Konzil dieselben Forderungen gestellt hatten wie die Theologen in ihren Schriften.

Der Chef des Heiligen Offiziums, das über Glauben und Sitte der Katholiken wacht, sicherte sich das letzte Wort zu dem bislang umstrittensten Konzilsthema, ob neben den weiterhin zum Zölibat verpflichteten Priestern fortan verheiratete Diakone als Kleriker minderen Ranges amtieren sollen.

Der oberste Glaubens- und Sittenwächter widersprach sogar jenen gemäßigten Konservativen, die immerhin zur Ehelosigkeit verpflichtete Diakone zulassen wollen: Die katholische Kirche solle auf diesen geistlichen Stand überhaupt verzichten.

Diakonats-Gegner Ottaviani wurde überdies gemeinsam mit anderen Kardinälen wie Siri (Genua) und Ruffini (Palermo) auch hinter den Konzilkulissen aktiv.

Zwei Wochen lang verhinderten die italienischen Kirchenfürsten eine von dem belgischen Kardinal und Konzilsmoderator Léon Joseph Suenens im Petersdom angekündigte Testabstimmung über den Diakonats- und andere Kernfragen des Kirchenschemas.

Den Text für die Stimmzettel hatten die beiden prominentesten Fürsprecher des neuen geistlichen Standes, der Belgier Suenens und der Deutsche Julius Kardinal Döpfner, gemeinsam mit den beiden anderen Moderatoren verfaßt.

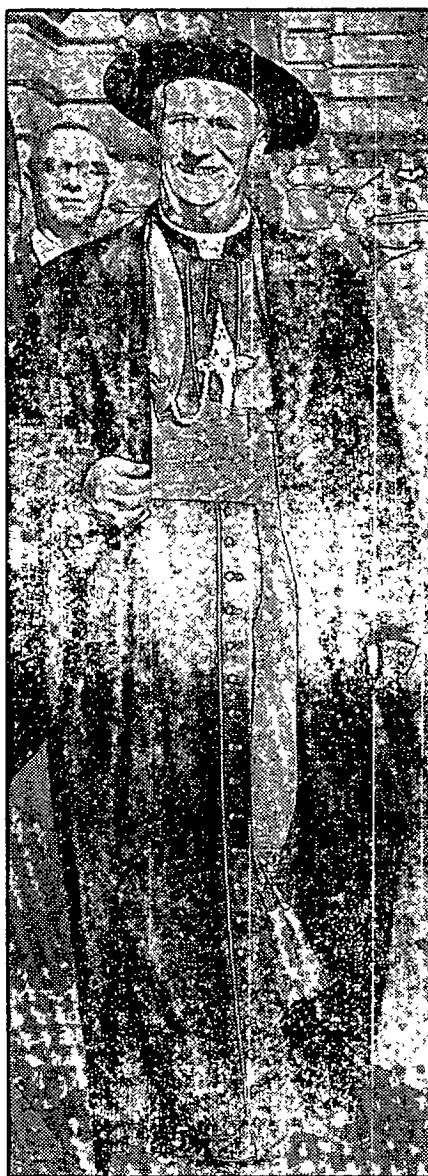
Der Eminenzen-Streit wurde schließlich mit höchstinstanzlichem Spruch beendet: Papst Paul VI., der an den Konzilsitzungen nicht teilnimmt und sie per Haus-Television verfolgt, entschied, die Konzilväter sollten abstimmen.

Innerhalb von zwei Tagen mußten dann die um Ottaviani gescharten Konservativen zwei Niederlagen hinnehmen:

- ▷ Am Dienstag entschied das Konzil mit knapper Mehrheit (1114 gegen 1074 Stimmen), der von Katholiken stärker als von Protestanten verehrten Gottesmutter Maria solle nicht ein von Ottaviani bereits verfaßtes besonderes Schema, sondern lediglich ein Kapitel des Kirchenschemas gewidmet werden. Damit wird eine von progressiven Katholiken und von Protestanten seit langem erhobene Forderung verwirklicht.
- ▷ Am Mittwoch sprachen sich die Kirchenoberen mit großer Mehrheit (1588 gegen 525 Stimmen) dafür aus, den Diakonats — trotz der Absage Ottavianis — „als eigenen und bleibenden Stand der Hierarchie zu erneuern, je nach dem Nutzen für die Kirche in den verschiedenen Regionen“.

Über die Frage, ob die Diakone auch verheiratet sein dürften, wurde allerdings nicht abgestimmt. Die progressiven Konzilväter hoffen aber, daß die regionalen und nationalen Bischofskonferenzen auch darüber entscheiden dürfen, ob Familienväter in den Klerus aufgenommen werden.

Die Diakone könnten fast in gleichem Maße wie die Priester predigen, taufen



Kurienkardinal Ottaviani
Ehe-Streit im Dom